

Sächsische Vorzeitung.

vierteljährlich
12 1/2 Rgr. zu
bezahlen durch
alle tgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. In den letzten Sitzung des Bundestags kamen Gegenstände von hervorragendem Interesse nicht zur Verhandlung. Der Entwurf des Freiherrn v. Beust zu einer neuen Bundesverfassung ist nunmehr in seinem ganzen Umfange veröffentlicht worden und wir werden denselben in nächster Nummer in einem besonderen Artikel besprechen. — In Frankfurt a. M. besteht noch das veraltete Gesez, wonach Fremde, d. h. Nichtfrankfurter, weder Grundeigenthum erwerben, noch Hypothekenanlagen auf dasigen Grundbesitz machen dürfen. Der gesetzgebende Körper hat jetzt die Beseitigung dieses Popsthum's beim Senate beantragt.

In der zweiten badischen Kammer hat die Adressdebatte zu einem tieferen Eingehen auf die deutsche Frage geführt. Die freisinnige Richtung der badischen Regierung und ihr Bestreben, eine Besserung des jetzigen unvollkommenen Zustandes der deutschen Bundesverfassung herbeizuführen zu helfen, fanden allseitige Zustimmung. Doch erhoben sich auch Stimmen, welche den großdeutschen Standpunct geltend machten, sich gegen die Constituirung eines engeren Bundesstaates unter der Führung Preußens aussprachen und einer Ausschließung Oesterreichs entgegentraten. Die Regierung sprach sich in letzterer Beziehung dahin aus, daß Alles aufgeboten werden müsse, um Oesterreich, das man nicht preisgeben wolle, in den inneren Bund zu bringen; sei diese Macht aber zu einer solchen Verständigung nicht bereit, so dürfe dies die Constituirung Deutschlands nicht aufhalten. Schließlich wurde der Adressentwurf mit allen gegen eine Stimme angenommen. Derselbe erklärt eine bundesstaatliche Verbindung, ein einheitliches constitutionelles Organ für Heerwesen und Diplomatie und eine Nationalvertretung für nothwendig und spricht zugleich die Erwartung aus, daß die Regierung, wie bisher, auf die verfassungsmäßige Lösung der kurhessischen Wirren hinarbeiten und das gute deutsche Recht in den Herzogthümern nach Kräften wahren werde. Auch die erste Kammer hat sich in ihrer Adresse in ähnlicher Weise über die deutsche Frage ausgesprochen, zugleich aber die auf eine vielhundertjährige Geschichte begründete Verbindung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland hervorgehoben und deren Berücksichtigung bei Feststellung einer neuen deutschen Verfassungsform empfohlen.

In Cassel wird der Landtag den 30. Dec. zusammentreten; die neugewählten Abgeordneten bestehen fast durchgehends aus treuen Anhängern der Verfassung von 1831. — Der Herzog von Meiningen hat sich veranlaßt gesehen, gegen die von der Coburg-gothaischen Regierung mit Preußen abgeschlossene Militär-Convention Protest zu erheben und sich als Agnat des gothaischen Gesamthaus'es „gegen die Preisgebung eines der wichtigsten Hoheitsrechte“ zu verwahren. Der Herzog von Coburg-Gotha hat diese Verwahrung um so entschiedener zurückgemessen; als die Convention nur auf zehn Jahre abgeschlossen ist und die agnatischen Rechte auf das Gesamthaus Gotha erst nach dem Aussterben der königlichen Häuser von England, Belgien, Portugal und der jüngsten herzoglichen Linie zur Geltung kommen können. Auch wird der Herzog von Meiningen daran erinnert, daß er selbst vor zwölfs Jahren, im Widerspruche mit seinem jetzigen Vorgehen, in Gemeinschaft

Dreißigundzwanzigster Jahrgang. IV. Quartal.

mit dem Herzog von Gotha in einem förmlichen Staatsvertrage sich verpflichtet habe, solche Hoheitsrechte auf dem Altare des Vaterlandes niederzulegen, mit denen die Unabhängigkeit und Wohlfahrt Deutschlands nicht bestehen kann.

In Dessau ist am 12. Dec. der frühere Präsident der Dessauer Bank des Betrugs in der Höhe von 80,000 Thlrn. für schuldig befunden und zu einer vierjährigen Arbeitshausstrafe verurtheilt worden.

Preußen. Die Allg. Pr. Zeitung fängt an, sich über das Resultat der Wahlen zu beruhigen und glaubt, daß sich trotz der freisinnigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses mit demselben werde regieren lassen. Zugleich giebt das officiöse Organ die tröstliche Verheißung, daß das Ministerium unablässig bemüht sein werde, die Reformen zur Durchführung zu bringen, welche auf geschichtlicher Nothwendigkeit und auf den mit gewissenhafter Sorge beobachteten Bedürfnissen des Landes beruhen. Dagegen scheint das Wahlergebnis an höchster Stelle sehr unangenehm berührt zu haben. Der König hat bei seiner Reise nach Eßlingen dem Bürgermeister zu Wolmirskädt offen erklärt, daß man im dasigen Wahlkreise der Weisung, sich von extremen Richtungen fern zu halten, nicht nachgegangen, sondern sogenannte Fortschrittsmänner gewählt habe, was dem Könige keine Freude, sondern Unzufriedenheit bereitet habe. Der Bürgermeister ist ausdrücklich beauftragt worden, diesen Ausdruck des königlichen Willens bekannt zu machen. Eine weitere angebliche Aeußerung des Königs beruht auf Entstellung. Die Kreuzzeitung berichtet nämlich, der König habe in Eßlingen zu der Geistlichkeit der Diocese Gardeleben unter Anderem gesagt: „Die Wahlen hätten nicht schlechter sein können; man schicke Menschen nach Berlin, welche als politische Verbrecher verurtheilt seien und welche nur durch die Amnestie Erlaubniß erhalten hätten, zurückzukommen.“ Die officiöse Allg. Pr. Btg. ist nun von höchster Stelle zu der Erklärung ermächtigt worden, daß eine solche Aeußerung weder dem Wortlaute, noch dem Sinne nach gethan worden und der Bericht der Kreuzzeitung auf tendenziöser Entstellung beruhe. Bekanntlich ist die Kreuzzeitungspartei in der nächsten Umgebung des Königs noch stark vertreten und es scheint fast, als sei dem Monarchen der Ausfall der Wahlen in einer Weise geschildert worden, welche mit der Wahrheit nicht übereinstimmt und nur darauf berechnet sein kann, Mißtrauen und Verstimmung an höchster Stelle zu erregen.

Der in voriger Nummer gemeldete Untergang der auf einer Uebungsfahrt begriffenen preussischen Kriegscorvette „Amazonen“ ist leider zur vollen Gewißheit geworden, nachdem neuerdings noch mehrere Theile des zertrümmerten Fahrzeug's an der holländischen Küste aufgefunden worden sind. Zugleich ist die Hoffnung immer mehr geschwunden, daß die Besatzung oder mindestens ein Theil derselben gerettet worden; denn nirgends konnte eine Spur der Verunglückten aufgefunden werden. Die Besatzung bestand aus 5 Offizieren, 19 jungen Kadetten, 1 Arzt, 36 Schiffsjungen, 38 Matrosen und einem 15 Mitglieder starken Verwaltungs- und Handwerkerpersonal, zusammen 114 Personen.

Oesterreich. In der Unterhaus-Sitzung vom 17. Dec. kündigte der Minister v. Schmerling die Vorlage des Staatsbudgets an. Der Reichsrath, sagte der Minister, sei noch nicht